

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen  
am 05.11.2013**

**um 17:05 Uhr bis 19:25 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

**Vorsitzender**

Herr Norbert Schmitz

**Ratsmitglied**

Frau Erden Ankey-Nachtwein

ab 17.20 Uhr, für Herrn Horn

Herr Ottmar Gebhardt

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Frau Dorothea Schlächter

Herr Stefan Wagner

**Sachkundige Bürger**

Frau Ellinor Bube-Klubertz

Vertretung für Frau Kemper-Heibutzki

Frau Ursula Durach

bis 18.55 Uhr, für Frau Frielingsdorf

Frau Corinna Hindrichs

Frau Lore Mohr

bis 19.10 Uhr, für Frau Leitzbach

Frau Erika Schmitz

Herr Lothar Sill

**Sachkundiger Bürger**

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

bis 19.00 Uhr

**Sachkundiger Einwohner**

Herr Erkan Sahin

**Stadtdirektor**

Herr Burkhard Mast-Weisz

**von der Verwaltung**

Frau Petra Hellmann-Wien

Frau Marion Hessler

Herr Dr. Frank Neveling

**Schriftführerin**

Frau Silke Eller

**Gast**

Herr Dirk Faust

Herr Werner Fußwinkel

Herr Manfred Saure

Prof. Dr. Klaus Windgassen

Entschuldigt fehlen:

**Sachkundige Bürgerin**

Frau Jill Brebeck

## Tagesordnung

### **I. Öffentlich**

- |             |         |   |
|-------------|---------|---|
| <b>1</b>    |         | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung   |
| <b>2</b>    |         | Niederschriften über die Sitzungen vom 10.09. und 01.10.2013  |
| <b>3</b>    |         | Geschäftsführung Gesundheitskonferenz   |
| <b>4</b>    |         | Strategische Ausrichtung der Evangelischen Stiftung Tannenhof   |
| <b>5</b>    |         | Stadtteilarbeit Rosenhügel - aktuelle Situation und Ausblick  |
| <b>6</b>    |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung   |
| <b>6.1</b>  | 14/3644 | Sicherheit im Jobcenter Remscheid - Auswertung einer Beschäftigtenumfrage - Anfrage der CDU-Fraktion                                  |
| <b>6.2</b>  | 14/3645 | Liegt der schriftliche Bericht des externen Gutachters für den Sozialbereich vor? - Anfrage der CDU-Fraktion                          |
| <b>7</b>    |         | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung   |
| <b>7.1</b>  | 14/3419 | Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Remscheid  |
| <b>7.2</b>  | 14/3600 | Berichterstattung LVR-Projekt „Vorbeugen im Netzwerk – kindbezogene Armutsprävention in Remscheid“                                    |
| <b>7.3</b>  |         | "Schlüssiges Konzept" für die Kosten der Unterkunft   |
| <b>7.4</b>  | 14/3641 | Managementprogramm 2011-2014, Bericht erstes bis drittes Quartal  |
| <b>8</b>    |         | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung         |
| <b>9</b>    |         | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung   |
| <b>10</b>   |         | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung             |
| <b>11</b>   |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung   |
| <b>11.1</b> |         | Armutsbericht - Anfrage von Frau Neff-Wetzel  |
| <b>11.2</b> |         | Unterbringung von Asylbewerbern - Anfrage von Herrn Krebs   |
| <b>12</b>   |         | Berichte aus den Beiräten   |
| <b>13</b>   | 14/3574 | Durchführung der Aufgaben nach dem SGB XI - Pflege-Versicherungsgesetz in Verbindung mit dem Landespflegegesetz (PfG NW) im Jahr 2013 |

Transferaufwand im Produkt 05.06.01 - Sonstige soziale Leistungen  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung

**14**      14/3576      Durchführung der Aufgaben nach SGB XII -Sozialhilfe - im Jahr 2013  
Transferaufwand im Produkt 05.01.01 - Grundversorgung und Leistungen  
nach dem SGB XII  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung

## I. Öffentlich

### 1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Stadtdirektor Mast-Weisz schlägt vor, die Tischvorlage 14/3641 – Managementprogramm 2011 – 2014, Bericht erstes bis drittes Quartal – als eingebracht zu betrachten und in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Die als Nachtrag verschickten Anfragen der CDU-Fraktion sollen als Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

#### Beschluss:

- Der Nachtrag DS **14/3644** – Sicherheit im Jobcenter Remscheid – Auswertung einer Beschäftigtenumfrage – Anfrage der CDU-Fraktion - wird als Punkt 6.1 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Der Nachtrag DS **14/3645** – Liegt der schriftliche Bericht des externen Gutachters für den Sozialbereich vor? – Anfrage der CDU-Fraktion – wird als Punkt 6.2 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Die Tischvorlage DS **14/3641** – Managementprogramm 2011 – 2014, Bericht erstes bis drittes Quartal – wird als Tagesordnungspunkt 7.4 eingebracht und in der nächsten Sitzung beraten.

### 2. Niederschriften über die Sitzungen vom 10.09. und 01.10.2013

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen zu den Niederschriften beantragt.

### 3. Geschäftsführung Gesundheitskonferenz

Herr Dr. Neveling berichtet, dass die Mitarbeiterin, die u. a. für die Gesundheitskonferenz zuständig, war, die Stelle gewechselt hat. Die Stelle soll zum 01.01.2014 wieder besetzt werden. Die für den 20.11.2013 geplante Gesundheitskonferenz wird unabhängig davon stattfinden.

Frau Kreimendahl fragt nach, ob eine mögliche Stelleneinsparung geprüft worden ist.

Stadtdirektor Mast-Weisz erklärt, dass die Stelle nicht mit einem kw-Vermerk gekennzeichnet ist. Die Stelle soll mehrere Bereiche in der allgemeinen Verwaltung des Gesundheitsamtes abdecken, nicht nur die Geschäftsführung Gesundheitskonferenz. Dazu findet zurzeit eine verwaltungsinterne Abstimmung statt. Nach erfolgter Neubesetzung der Stelle wird sich der neue Stelleninhaber im Ausschuss vorstellen.

Herr Gebhardt weist nochmals darauf hin, dass grundsätzlich vor der Neubesetzung einer Stelle deren Notwendigkeit überprüft werden soll.

#### **4. Strategische Ausrichtung der Evangelischen Stiftung Tannenhof**

Der ärztliche Direktor der Evangelischen Stiftung Tannenhof, Professor Dr. Klaus Windgassen, berichtet zur strategischen Ausrichtung der Einrichtung.

Die Evangelische Stiftung Tannenhof ist als psychiatrische Pflichtversorgungsklinik für Remscheid, Wuppertal und seit der Übernahme der Klinik Langenberg auch für Velbert, Heiligenhaus und Wülfrath zuständig.

Prof. Dr. Windgassen stellt die verschiedenen Fachdisziplinen der Klinik vor und informiert über die unterschiedlichen Behandlungsschwerpunkte.

Er berichtet, dass die Klinik in den letzten Jahren sowohl im stationären Bereich als auch in der Tagesklinik immer über 100 % ausgelastet war. Das liegt nicht daran, dass die psychischen Erkrankungen grundsätzlich zunehmen, sondern an einer verbesserten Diagnostik und einer vermehrten Inanspruchnahme von Behandlungen. Die andauernde Überlastung erschwert die Situation sowohl für die Patienten als auch für das Personal. Aus diesem Grund wird auf dem Kerngelände der Klinik in Lüttringhausen ein zusätzliches Gebäude errichtet und eine Tagesklinik in der Innenstadt Remscheid (ehemaliges RGA-Gebäude) eingerichtet. Außerdem entsteht in Wuppertal auf dem Gelände der Helios-Klinik ein gerontopsychiatrisches Zentrum mit 42 Betten, das in erster Linie dazu dienen soll, ältere Patienten aus Wuppertal wohnortnah unterzubringen.

Die Stiftung, die im Jahr 1896 gegründet worden ist, hat zurzeit über 1.000 Mitarbeiter. Sie verfügt über 509 Betten und betreut jährlich ca. 7.700 Patienten.

Der Vorsitzende bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen.

#### **5. Stadtteilarbeit Rosenhügel - aktuelle Situation und Ausblick**

Die für den Stadtteil Rosenhügel zuständige Stadtteilkordinatorin Frau Marion Heßler berichtet zur aktuellen Situation nach dem Wegfall der zweiten Stelle im Stadtteilbüro mit 34 Wochenarbeitsstunden.

Auch wenn nach wie vor viele Aktivitäten im Stadtteil stattfinden, z. B. Sprach- und Alphabetisierungskurse, Treffen verschiedener Gruppen im Stadtteilbüro, Ferienprogramme usw., macht sich der Wegfall von 34 Wochenarbeitsstunden bemerkbar. Viele der Angebote müssen von den Gruppen zum großen Teil selbst organisiert bzw. von anderen Trägern angeboten oder unterstützt werden.

Mit der verbliebenen halben Stelle können aber Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden im persönlichen Bereich (z. B. Hilfe beim Umgang mit Behörden, Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen) nicht mehr im gewohnten Umfang geleistet werden. Es fehlt auch an einer Vertretung für den Urlaubs- oder Krankheitsfall.

Der erste Vorsitzende des Bürgervereins Rosenhügel, Herr Saure, berichtet, dass aufgrund von Spenden die Miete und Nebenkosten auch für 2014 sicher sind. Es fehlen aber zusätzliche Gelder, mit denen Investitionen getätigt oder weitere Angebote im Stadtteil finanziert werden können. Durch das Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer konnte im Stadtteil viel bewegt werden. Die Stadtteilarbeit leistet auch einen großen Beitrag zur Integration.

Stadtdirektor Mast-Weisz bittet die Anwesenden, in ihren Fraktionen Werbung für den Verein zu machen und die Arbeit mit Spenden oder der Übernahme von Patenschaften zu unterstützen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Berichterstattung.

## **6. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

### **6.1. Sicherheit im Jobcenter Remscheid - Auswertung einer Beschäftigtenumfrage - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 14/3644**

Herr Faust berichtet, dass die Gleichstellungsbeauftragte im Jahr 2012 im Jobcenter eine Befragung bei den Mitarbeitern mit Kundenkontakt durchgeführt hat. Aufgrund des geringen Rücklaufs der Fragebögen konnte kein repräsentatives Ergebnis ermittelt werden. Daher erfolgte im Sommer 2013 eine zweite Befragung. Der Rücklauf betrug ca. 50 %. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass es viele Beleidigungen und verbale Aggressionen, aber kaum körperliche Übergriffe gibt. Aber es handelt sich um gefährliche Situationen, mit denen man umgehen muss.

Die Auswertung hat außerdem ergeben, dass es besonders im Eingangsbereich mit Wartezone häufig zu unangenehmen Situationen kommt. Das liegt an der großen Anzahl der Besucher, den Wartezeiten und an den teilweise alkoholisierten Kunden. Ab Anfang 2014 wird es daher im Eingangsbereich einen Sicherheitsbeauftragten geben.

Der wichtigste Aspekt für die Sicherheit bleibt aber die Gesprächsführung und das professionelle Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters. Daher werden regelmäßig Fortbildungen zum Thema Deeskalation, Kommunikation und Umgang mit Konflikten angeboten, die für neue Kollegen teilweise Pflichtveranstaltungen sind. Zusätzlich wurde eine neue Dienstanweisung „Arbeitssicherheit“ erarbeitet.

Ende November wird eine Begehung des Gebäudes im Hinblick auf die Arbeitssicherheit stattfinden. Teilweise wurde schon etwas umgebaut. So wurde z. B. der Eingangsbereich freundlicher gestaltet, um eine angenehmere Atmosphäre für die Wartenden zu schaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Krebs und Frau Kreimendahl erläutert Herr Faust, dass es ein Notrufsystem über eine Tastenkombination am PC gibt. Problematisch ist die Fluchtwegsituation aufgrund der baulichen Gegebenheiten. Im Rahmen der anstehenden Begehung soll diese überprüft werden. Mitarbeiter müssen u. a. dafür sensibilisiert werden, die Fluchtwege nicht zuzustellen und Zwischentüren freizuhalten. Eine 100 %ige Sicherheit wird aber nicht erreicht werden können.

Frau Kreimendahl weist darauf hin, dass alles getan werden muss, um das Sicherheitsempfinden der Mitarbeiter zu stärken und dass das Jobcenter oder die Stadt Remscheid zumindest für die notwendigen Fluchtwege sorgen muss.

Zu einem späteren Zeitpunkt soll erneut im Ausschuss berichtet werden.

Von den Ausführungen wird Kenntnis genommen.

**6.2. Liegt der schriftliche Bericht des externen Gutachters für den Sozialbereich vor? - Anfrage der CDU-Fraktion**  
**Vorlage: 14/3645**

Stadtdirektor Mast-Weisz teilt mit, dass der Entwurf des Gutachtens vorliegt. Zurzeit findet eine verwaltungsinterne Abstimmung dazu statt.

Frau Kreimendahl fragt nach, ob der Abschlussbericht ein reiner Gutachterbericht sein wird.

Stadtdirektor Mast-Weisz erklärt, dass es eine in der Verwaltung abgestimmte Stellungnahme geben wird, die dem Gutachter zur Kenntnis gegeben wird. Dieser wird das Gutachten vorlegen. Ggf. wird Herr Mast-Weisz dazu eine Stellungnahme mit vom Gutachten abweichenden Positionen abgeben. Dies wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Sollte die Vorlage noch im November fertiggestellt werden, will Herr Schmitz zu einer Sondersitzung im Dezember einladen.

**7. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung**

**7.1. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Remscheid**  
**Vorlage: 14/3419**

Frau Neff-Wetzel hat der Vorlage entnommen, dass Restgelder aus 2012 nach 2013 übertragen worden sind. Sie fragt nach, ob auch nicht verbrauchte Haushaltsmittel aus 2011 in das Folgejahr übertragen wurden.

Stadtdirektor Mast-Weisz teilt mit, dass die in 2011 nicht für das Bildungs- und Teilhabepaket ausgegebenen Mittel nicht übertragen, sondern zur allgemeinen Deckung herangezogen worden sind.

Er berichtet außerdem, dass die Fortsetzung der Schulsozialarbeit aufgrund eines Ratsbeschlusses vorerst bis Ende März 2014 gesichert ist. Sollte bis dahin keine weitere Finanzierungsmöglichkeit gefunden werden, läuft die Schulsozialarbeit aus. Stadtdirektor Mast-Weisz hat sich an die Bundesratsinitiative des Landes NRW gewandt mit der Bitte, das Thema im Rahmen der Koalitionsverhandlungen anzusprechen und eine finanzielle Lösung zu finden.

Auf Nachfrage von Herrn Krebs informiert Stadtdirektor Mast-Weisz, dass die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket tendenziell steigt.

Herr Gebhardt fragt nach, warum kaum Schülerbeförderungskosten aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gezahlt werden. Stadtdirektor Mast-Weisz erklärt, dass diese Kosten aus anderen Haushaltsmitteln beglichen werden. Daraufhin teilt Frau Neff-Wetzel mit, dass sie die gleiche Frage im Schulausschuss gestellt hat. Dort hätte sie von der Verwaltung die Auskunft erhalten, dass sich aufgrund einer Gesetzesänderung der von den Eltern zu tragende Eigenanteil verringern wird und dass damit der Anspruch auf Kostenübernahme aus dem Bildungs- und Teilhabepaket steigen wird. Stadtdirektor Mast-Weisz sagt zu, die Frage zu klären und in einer der nächsten Sitzungen dazu zu berichten.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.



**7.2.           Berichterstattung LVR-Projekt „Vorbeugen im Netzwerk – kindbezogene Armutsprävention in Remscheid“  
Vorlage: 14/3600**

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**7.3.           "Schlüssiges Konzept" für die Kosten der Unterkunft**

Stadtdirektor Mast-Weisz berichtet, dass inzwischen die Landesempfehlungen vorliegen, die ursprünglich für Mai angekündigt waren. Auf der Basis dieser Empfehlungen soll an dem Konzept weitergearbeitet werden. Da ein erheblicher Aufwand nötig ist, ein schlüssiges Konzept zu erstellen (umfangreiche Internetrecherchen, Abstimmungen mit Wohnungsbaugesellschaften und anderen Vermietern, Frage der Nebenkosten und Klimakonzepte usw.), soll die Aufgabe extern vergeben werden.

Das Thema soll im ersten Quartal 2014 erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**7.4.           Managementprogramm 2011-2014, Bericht erstes bis drittes Quartal  
Vorlage: 14/3641**

Die Beratung der Vorlage wird zurückgestellt.

**8.            Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

**9.            Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung**

Es wurden keine Vorschläge zur Tagesordnung eingebracht.

**10.          Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**11.          Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung**

**11.1.        Armutsbericht - Anfrage von Frau Neff-Wetzel**

Frau Neff-Wetzel hat bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses angesprochen, dass nicht nur Kinder, sondern ganze Familien und Senioren von Armut betroffen sind. Armutsprävention ist daher in allen Bereichen notwendig. Sie fragt nach, ob es möglich ist, einen entsprechenden Bericht zu erstellen, der sich nicht nur auf die Kinderarmut bezieht. Stadtdirektor Mast-Weisz teilt mit, dass die Erstellung der Berichte Personalkapazitäten bindet, die an anderer Stelle gebraucht werden. Daher wurde der Berichtsschwerpunkt auf das Thema Kinderarmut gelegt. Für die grundsätzlich ansteigende Armut gibt es andere indirekte Indikatoren, z. B. die steigenden Fallzahlen nach SGB XII und im Jobcenter.

Herr Krebs erklärt, dass die Kommunen als unterste Ebene mit der steigenden Armut umgehen müssen. Seiner Meinung nach ist es die Aufgabe der politischen Parteien, den entstehenden Druck an die höheren Ebenen weiterzugeben.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

## **11.2. Unterbringung von Asylbewerbern - Anfrage von Herrn Krebs**

Herr Krebs fragt nach der Anzahl der unterzubringenden bzw. schon untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge in Remscheid.

Stadtdirektor Mast-Weisz berichtet, dass die Verwaltung von einer kontinuierlichen Zunahme ausgeht. Es musste bereits ein weiteres Gebäude für die Unterbringung angemietet werden. Genauere Zahlen sollen in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

## **12. Berichte aus den Beiräten**

Es liegen keine Berichte vor.

## **13. Durchführung der Aufgaben nach dem SGB XI - Pflege-Versicherungsgesetz in Verbindung mit dem Landespflegegesetz (PfG NW) im Jahr 2013 Transferaufwand im Produkt 05.06.01 - Sonstige soziale Leistungen Ueberplanmäßige Mittelbereitstellung Vorlage: 14/3574**

Herr Gebhardt fragt nach, warum neue Kurzzeitpflegeplätze eingerichtet werden sollen, obwohl laut der Vorlage die bestehenden nur zu 66 % ausgelastet sind.

Frau Hellmann-Wien erläutert, dass viele Pflegebedürftige im häuslichen Bereich von ihren Familien gepflegt werden. Durch die Möglichkeit der Unterbringung in einer Kurzzeitpflege sollen die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Die Verwaltung sieht eine Tendenz, dieses Angebot vermehrt in Anspruch zu nehmen.

Der Bedarf ist vorhanden und der Zuwachs an Kurzzeitpflegeplätzen ist für die betroffenen Personen positiv.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 0 Enthaltungen 0

### **Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2013 werden für Mehraufwendungen der gesetzlichen Transferaufwendungen im Bereich des SGB XI – Pflege-Versicherungsgesetz in Verbindung mit dem Landespflegegesetz (PfG NW) – Mittel in Höhe von 196.000 € gem. § 83 GO NW überplanmäßig bereitgestellt:

Produkt 05.06.01 – Sonstige soziale Leistungen  
5317951 – Zuschüsse stationäre Förderung

196.000 €

**14. Durchführung der Aufgaben nach SGB XII -Sozialhilfe - im Jahr 2013  
 Transferaufwand im Produkt 05.01.01 - Grundversorgung und Leistungen  
 nach dem SGB XII  
 Überplanmäßige Mittelbereitstellung  
 Vorlage: 14/3576**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 0 Enthaltungen 0

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2013 werden für Mehraufwendungen der gesetzlichen Transferaufwendungen im Bereich des SGB XII - Sozialhilfe - Mittel in Höhe von insgesamt 880.000 € gem. § 83 GO NW überplanmäßig bereitgestellt:

Die Bereitstellung erfolgt bei folgenden Konten:

Produkt 05.01.01 – Grundversorgung und Leistungen nach dem SGB XII

5331101 – Grundsicherungsleistungen	350.000 €
5331111 – lfd. Leistungen SGB XII	100.000 €
5331221 – Hilfen für eine angemessene Schulbildung	350.000 €
5331311 – Pflegesachleistungen	80.000 €
	<hr/>
	880.000 €

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez.

\_\_\_\_\_  
 Norbert Schmitz  
 Vorsitzender

gez.

\_\_\_\_\_  
 Silke Eller  
 Schriftführer/in